

Israelische Verhältnisse

Zu: „Es reicht noch lange nicht“, FR-Meinung vom 14. Dezember

Das Ziel, der Gemeinschaft zu dienen

Die Stellungnahme verschiedener Kultureinrichtungen zum Beschluss des Bundestags zum Thema BDS kann ich nicht nachvollziehen. Selbstverständlich kann diese Gruppe im Rahmen unserer Rechtsordnung ihre Meinung zu Israel und seiner bizarren Politik gegenüber den Palästinensern haben und sie auch veröffentlichen. Ich denke aber nicht, dass sie deshalb auch einen Anspruch hat auf Unterstützung mit öffentlichen Geldern. Die Behauptung, sie würde dadurch ausgegrenzt, ist aus der Luft gegriffen – sie kann sich öffentlich äußern wie andere auch.

Wenn ich mich etwa mit anderen zusammentue und eine Initiative starte, ist das doch noch kein Grund, mit Steuermitteln unterstützt zu werden. Es muss schon ein Ziel erkennbar sein, das der Gemeinschaft dient. Genau das aber kann man bei der spalterischen BDS-Gruppe zu Recht hinterfragen.

Im Übrigen weiß ich über die Verhältnisse in Israel aus eigener Anschauung einigermaßen Bescheid. Ich kenne die groteske hohe Mauer zwischen Jerusalem und Bethlehem ebenso wie die allgegenwärtigen Militärstreifen im Land. Und ich bezweifle, dass Boykottforderungen zu einer Befriedung des Landes beitragen können. Manfred Stibaner, Dreieich

Es herrscht ein lautes Schweigen

Wo die einen allzu laut schweigen, müssen andere sich zu Wort melden und Zeichen setzen. Frau Kahane kann ich nur zustimmen in dem, was sie zum Antisemitismus im Lande schreibt. Energisch aber muss man ihrer Kritik hinsichtlich des BDS und der Stellungnahme einiger Kulturinstitutionen widersprechen.

Beim BDS gibt es zwei Themen: nicht nur das eine des Boykotts, sondern auch das andere der Völker- und Menschenrechtsverletzung in den von Israel besetzten Gebieten. Gegen den problematischen Boykott kann man leicht argumentieren. Zum anderen Thema wird laut geschwiegen. Was ist daran zu urteilen, wenn die einen schweigen und dann andere die Stimme erheben?

Die Regierung Netanjahu beabsichtigt, Effi Eitam zum Direktor von Yad Vaschem zu machen. Gegen diese skandalöse Absicht haben viele jüdische Stimmen protestiert. Effi Eitam ist öffentlich für die Deportation von Palästinensern eingetreten. Mich würde interessieren, wo und wann Frau Kahane sich diesem Protest angeschlossen hat?

Menschenrechte und Völkerrechte warten überall darauf durchgesetzt zu werden. Wie kommt eine Mehrheit im Bundestag dazu, hier die Meinungsfreiheit ihrer Bürger unter Generalverdacht zu stellen und zu behindern? Dieter Reitz, Mainz



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Noch 'n Gedicht? So fragte der unvergessene Heinz Erhardt und kam dann um die Ecke mit der Mäde und ihrem Kinde, die hinter eines Baumes Rinde wohnt. In Gedichten von FR-Leserinnen und -Lesern geht es nicht immer so vergnüglich zu, aber Sie dichten unbestreitbar gern.

Zum Jahreswechsel habe ich für Sie fünf neue Gedichte aus Ihrem Kreis online im FR-Blog veröffentlicht. Diesmal geht es nicht nur, aber auch um die Corona-Pandemie. Lesen Sie hier und steuern Sie gern Eigenes bei: frblog.de/gedichte-202012

Übersicht über die Themen des Blogs: frblog.de/aktuell

Virales Unbehagen

Zu: „Den Impfpass mitbringen“, FR-Region vom 18. 12., und „Die meisten Fahrgäste tragen die Maske“, FR-Region v. 8. 12.

Gedrängel an den Impfstationen?

Die beschriebenen Befürchtungen kann ich nur teilen. Wie soll ein alter Mensch, der kein Internet hat und mit den minutenlangen Sprachmenüs unter der Telefonnummer 116117 nicht klarkommt, sich zum Impfen anmelden? Wochenlang hieß es, man würde eingeladen werden, jetzt heißt es, man müsse sich selber anmelden. Seit Beginn der Pandemie hat man auf einen Impfstoff gehofft. Jetzt scheint es so weit zu sein, es kann losgehen. Nur unsere Politiker sind überrascht, anders lässt sich nicht erklären, dass man erst in letzter Minute ein mit heißer Nadel gestricktes Anmeldeverfahren präsentiert. Warum ist es nicht beim Einladungsverfahren geblieben, zumindest bei älteren Menschen, die auf der Prioritätenliste ganz oben stehen?

Warum sollte nicht klappen, was beim Brust-Screening der über 50-jährigen Frauen hervorragend funktioniert? Nicht allein, dass zu befürchten ist, nicht alle Impfwilligen auch zu erreichen, es wird Gedrängel geben. Die Abwehr der Dränger wird Personalressourcen binden, die an anderer Stelle dringend

benötigt werden. Das, was ich heute gelesen habe, trübt jedenfalls meine Freude über die Impfun gen gewaltig.
Manfred Ligner, Frankfurt

Lästerungen im Fernsehen

Viele TV-Comedians (Nuhr, Appelt, Müller etc.) handeln unverantwortlich. Es wird langsam schon peinlich, wie diese TV-Comedians ständig über die notwendigen Hygienemaßnahmen zu Corona lästern. Durch die große Verbreitung ist dieses unsoziale Verhalten schlimmer als bei den Querdenkern.

Da insbesondere immer wieder Karl Lauterbach auch persönlich angefeindet wird, sollten ARD/ZDF mal die Sendungen überdenken. Die Sendungen sind auch lächerlich, weil ein Applaus von virtuellen Zuschauern zu hören ist.

Karl Lauterbach ist einer der wenigen Spitzenpolitiker, welcher sich fachlich sehr gut auskennt und sich ständig international über das Virus informiert. Hätten wir mehr auf Karl Lauterbach gehört, dann wären wir jetzt nicht in der schlimmen Corona-Situation.

Berthold Zehetbauer, Hattersheim

Kurzzug und Vollzug im Lockdown

Worin unterscheidet sich der harte vom weichen Lockdown? Nach Auffassung des Rhein-Main-Verkehrsverbunds offenbar zunächst darin, dass man den S-Bahn-Takt halbieren kann und die Züge als Kurzzug fahren lässt. Ich stieg in eine S-Bahn und musste feststellen, dass von Abstandhalten keine Rede sein konnte. Zudem gab es auch niemanden mit der entsprechenden Autorität, der einige junge Männer darauf hinwies, dass die Maske mehr ist als ein Kinn-schutz. (Von anderen Fahrgästen lassen die sich ungern was sagen.) Leider war es zu eng und zu voll, um sich zu entfernen. Man konnte nur aussteigen, um noch später nach Hause zu kommen.

Bekanntlich ist der RMV der Auffassung, dass noch keine Ansteckungen im öffentlichen Nahverkehr nachgewiesen wurden (wie könnte man das auch nachweisen?). Wer, statt Homeoffice zu machen, zur Arbeit fahren muss und im Berufsvehr S-Bahn fährt, statt Auto zu fahren: selbst dran schuld? Ich hab' richtig Angst, dass ich mir jetzt vor Weihnachten Covid-19 eingefangen habe. Mara Kreb, Heusenstamm

Vermögenssteuer für die öko-soziale Wende

Zu: „Kanzlerin verteidigt Neuverschuldung“, FR-Politik v. 10. 12., und „Bundeshaushalt: Das Geld ist da“, FR-Politik v. 30. 10.

Den reichsten zehn Prozent gehören rund zwei Drittel der Vermögen, konnte man vor ein paar Wochen lesen. Dabei hat die ungleiche Verteilung von Eigentum, Vermögen und Einkommen seit Jahren stark zugenommen. Die liberale Demokratie ist dabei Verliererin.

Ob es dazu kommen wird, dass die hohen und insbesondere die leistungslosen Einkommen so besteuert werden, dass die soziale Spaltung reduziert wird, muss bezweifelt werden. (Eine Vermögenssteuer wird ja seit Jahren nicht erhoben!)

Im Interview findet der Bundesfinanzminister nur unverbindliche Worte über den „angemessenen Anteil“ der „oberen fünf Prozent“ an der Gemeinwohlfinanzierung. Wie schon bei seinen Vorgängern wurde unter Scholz die Transaktionssteuer nicht umgesetzt – ein Mittel, die Verschiebung von Milliardenbeträgen mit einer geringen Steuer zu belasten, die zur Finanzierung des Gemeinwohls dienen könnte. Auch die skandalösen Cum-Ex-Geschäfte, unter Aufsicht des Finanzministeriums, entzogen der Staatskasse immense Beträge.

Dass zur Begleichung der gewaltigen Staatsschulden die Vermögen der Reichen und der Krisengewinner herangezogen werden müssen, hört man nicht von der Regierung, sondern einzig von der Linkspartei. Dass die Vergabe von Fördermitteln mit dem notwendigen radikalen ökologischen und sozialen Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft verknüpft wird, ist nicht erkennbar. Dies muss dringend nachgeholt werden, denn ohne die öko-soziale Wende steuern wir sehenden Auges in die Katastrophe.

Winfried Kallabis, Dieburg

Halbiert und dann vergessen

Tag der Menschenrechte: „Europa ist Vielfalt“, FR-Meinung vom 10. Dezember

Zum Tag der Menschenrechte schreiben zwei MitarbeiterInnen des Europarats einen Gastbeitrag für die FR. Darin sind sie voll des Lobes über die Arbeit des Europarates („Wertekompass und Gewissen“) und über die Menschenrechtslage („Europa bietet den höchsten Menschenrechtsschutz weltweit ...“). Jeglicher Einsatz zur Verwirklichung und zum konsequenten Schutz von Menschenrechten im Sinne der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist zu begrüßen. Allerdings haben die AutorInnen einige wesentliche Aspekte bei der Bewertung der europäischen Menschenrechtspolitik „vergessen“:

Die Europäische Menschenrechtskonvention von 1950 beinhaltet ausschließlich bürgerliche und politische Menschenrechte, nicht aber die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte als gleichwertig bezeichneten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte. Somit werden die Menschenrechte unzulässig „halbiert“.

Zudem gibt es innerhalb Europas und durch europäische Außenpolitik eine Reihe von gravierenden Menschenrechtsverletzungen. Aktuell wird in etlichen Staaten der EU die Unabhängigkeit der Justiz bedroht (z. B. Polen oder Ungarn). Sklavenähnliche Arbeitsbedingungen bestehen in

Landwirtschaft (Italien) und Schlachtbetrieben (Deutschland). Das Recht auf Asyl wird eingeschränkt, und die EU nimmt in Kauf, dass Tausende Menschen auf der Flucht vor (Bürger-)Krieg oder menschenunwürdigen Lebensbedingungen sterben. Bedacht werden muss, dass Wirtschaftsverträge der EU mit afrikanischen Staaten zu Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit beitragen: Hoch subventionierte westliche Agrarprodukte zerstören die heimische afrikanische Landwirtschaft.

Europäische Nato-Staaten waren und sind an völkerrechtswidrigen Kriegen beteiligt, mit ungeheuer negativen Folgen für

die angegriffenen Staaten: Leid durch Tote und Verletzte, Flüchtlingsströme, Zerstörung der Infrastruktur, Stärkung extremistischer Gruppen.

Die wenigen Beispiele zeigen, dass eine kritische Reflexion der Verantwortung der eigenen Gesellschaft bei Menschenrechtsverletzungen unverzichtbar ist. Wenn die Rolle der EU-Politik für den Schutz von Menschenrechten einseitig positiv dargestellt wird, dann stellt dies eine Verzerrung und einen Missbrauch der bedeutsamen Menschenrechtsidee der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte dar.

Gert Sommer, Jost Stellmacher, Marburg